

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Vorbestellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, ...

Laube-Zeitung

Sünfundfünfstägiger Jahrgang.

Die 2 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., ...

Ar. 436.

Halle, Sonnabend, den 17. September 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Goldkredite für die Wiedergutmachung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der Schritt der deutschen Industrie, dem Reiche bei der Beschaffung der notwendigen Goldbeiden durch eine große Goldanleihe im Ausland best. sich zu sein, darf als außerordentlich dankenswert und weislich begrüßt werden.

Es könnte ja keinem Zweifel unterliegen, daß die dem Reichstage vorgelegten Steuern in keiner Weise ausreichen würden, den zentralen Haushalt des Reiches ins Gleichgewicht zu bringen, geschweige denn den Kontributionsbeitrag zu bestreiten.

Würde man jetzt die Substanz der Sachwerte angreifen, hieße das gerade den Kräftigungsprozess für Handel und Industrie aufs schärfste föhren. Der Weg, der jetzt von der deutschen Industrie vorge schlagen wird, gestattet eine hinreichende Schonung, in der wir den deutschen Export entwickeln können.

Wichtig ist, daß die Substanz der Sachwerte angreifen, hieße das gerade den Kräftigungsprozess für Handel und Industrie aufs schärfste föhren. Der Weg, der jetzt von der deutschen Industrie vorge schlagen wird, gestattet eine hinreichende Schonung, in der wir den deutschen Export entwickeln können.

Es ist möglich, darüber zu streiten, ob die Goldanleihe einen Erfolg für die Zwangsabgeltung der Sachwerte bedeutet. Wenn die Anhänger einer Erfassung der Sachwerte jetzt darauf hinweisen, daß ihr Prinzip von der Industrie anerkannt werde, so muß man doch darauf hinweisen, daß Handel und Industrie, die von rechts und links so oft gestört worden sind, sich niemals der Steuerleistung haben entziehen wollen, sondern daß sie immer nur betagt haben, man solle die Leistungen so aufbringen, daß die Volkswirtschaft nicht schweren Schaden leidet.

daß Handel und Industrie, wenn sie in diesem Maße ihre Bereitwilligkeit erklären, dem Reiche in seiner höchsten Not zu helfen, auch mitraten müssen bei der Gestaltung der Steuerreform. Aber selbstverständlich müssen auch hier die allgemeinen Interessen und der gerechte Ausgleich zwischen direkten und indirekten Steuern die letzte Entscheidung geben.

Bei dem ganzen Plane ist außerdem festzuhalten, daß es sich nur um die Verteilungen handelt. Daneben werden denn noch die Sachleistungen hergehen, und es ist ja der Sinn des Wiesbadener Abkommens, die Geldleistungen möglichst stark in Sachleistungen umzuwandeln.

Aber das eine muß doch auch hier gesagt werden: Bei allem freiwilligen Angebot der deutschen Produktivkräfte, bei dem konzentrierten Erfüllungswillen des arbeitenden Deutschlands wird es gleichwohl nicht zu einer Verringerung Löhnen können, wenn das Ausland immer wieder den Dolch in den Rücken des deutschen Wiederaufbaus führt!

Reichstag am 27. September.

Berlin, 17. Sept. Der Reichstag ist nunmehr zum Präsidenten Wöbe am den 27. September nachmittags 3 Uhr einberufen worden.

Nach den vorläufigen amtlichen Dispositionen sollen in der ersten Woche nur Interpellationen, darunter auch die Klageverordnung besprochen werden. Die erste Lesung der neuen Steuerentwürfe soll erst Anfang Oktober beginnen, um den fraktionellen Zeit zu Besprechungen zu lassen.

Bayern gegen Dr. Wirth.

Im Ständigen Ausschuss des bayerischen Landtages gab am Freitag Staatssekretär Dr. Schweyer in München auserstichliche Erklärung folgende Erklärung der Bayerischen Regierung ab:

Bei der gespannten Lage ist es vollständig begründet, wenn in der Öffentlichkeit große Erregung über die getrennt vom Reichstagler gemachten Darlegung herrscht. Namens der Bayerischen Staatsregierung habe ich dazu folgendes zu bemerken: Es ist zunächst auffällig, daß der preussische Staatsminister Weismann in der Sache tätig geworden ist, und nicht der Reichskommissar. Bayern muß sich nachdrücklich dagegen verwahren, daß ein Organ eines anderen Bundesstaates in Bayern tätig wird, ohne sich mit der bayerischen Regierung ins Benehmen zu sehen. (Zustimmung.) Dieses Benehmen wäre nicht nur mit Rücksicht auf die Unzulässigkeit des Verfahrens, das bayerischen Beamten zur Last gelegt wird, notwendig, sondern auch deshalb angezeigt gewesen, weil die sogenannten Feststellungen Wismanns von vornherein den Sinn der Unverfasslichkeit an sich tragen und eine Aufklärung durch die bayerische Regierung dringend notwendig gewesen wäre, statt daß in einer so schwierigen politischen Lage, wie sie gegeben war, plötzlich vor der ganzen Welt vom höchsten Beamten des Reiches gegen eine Bundesregierung Stellung genommen wird.

Zuletztminister Dr. Roth hat für seine Person bereits zu der gegen ihn erhobenen Inhaftung Stellung genommen und festgestellt, daß diese aus durchschlagenden Gründen aufgestellten Behauptungen nicht erfinden seien. Was weiterhin den angeblichen Verlecher des Polizeipräsidenten Pöchner mit Ehrhardt betrifft, so wird folgendes festgestellt: Als nach der Kampfwahl im März 1920 die Marinebrigade Ehrhardt, die damals in Döberitz land, aufgelöst wurde, kam der Korvettenkapitän Ehrhardt allerdings einige Male in das Polizeipräsidium München und zu anderen bayerischen Stellen, um dort wegen der Verleumdung einzelner Gruppen seiner Leute vorliegend zu werden. Es habe sich ausschließlich um die Beschaffung entsprechender Kreditverfügungen aus derselben Zeit ging Ehrhardt auch im Reichskommissariat aus und ein. Es war damals noch in keiner Weise bekannt, daß Sachbesitz gegen Ehrhardt vorliegt. Der Sachbesitz gegen Ehrhardt stammt vom 15. Mai 1920. Er wurde lediglich

Im Deutschen Fahndungsblatt am 25. des gleichen Monats veröffentlicht. Auffällig ist, daß bezüglich aller übrigen Kaputtisten ein ausbreitendes telegraphisches Gerücht um Verbreitung an die Polizeidirektion München gerichtet wurde, nur nicht bezüglich Ehrhardt. In dem Telegramm ist der Name Ehrhardt nicht enthalten. Gleichwohl haben sämtliche bayerische Polizeibehörden auch nach Ehrhardt gefahndet.

Abg. Timm (Soz.) fragte, ob der Staatsregierung etwas von einer Konferenz in Rosenheim nichts bekannt ist. Ich habe mich wegen dieser schon früher berührten Frage mit der Polizeidirektion München befaßt und auch

Staatssekretär Dr. Schweyer: Der Staatsregierung ist von einer Konferenz in Rosenheim nichts bekannt! Ich habe mich wegen dieser schon früher berührten Frage mit der Polizeidirektion München befaßt und auch

Unser Gesamtverlust im Weltkriege.

Berlin, 16. Sept. Das Mittägliches Blatt bringt in seiner heutigen Ausgabe die Zahl der deutschen Vermundungen im Weltkriege nach den Feststellungen vom August 1921. Hierbei sind alle Vermundungen, auch die mehrfachen, aufgeführt. Es sich die Zahl der einzelnen Vermundungen feststellen lassen wird, dürfte noch geraume Zeit vergehen. Durch Hinzurechnung der deutschen Toten im Weltkriege, die auf Grund der amtlichen Statistik im Beistehenden des Mittägliches Blattes vom Constantin v. Wittro, Generalleutnant a. D., nachgewiesen worden, ergibt sich die Zahl der deutschen Gesamtverluste.

Table with 2 columns: Category and Count. Includes: Offiziere, Fähnriche und Fahnenjunker (96 207), Sanitätsoffiziere und Unterärzte (2 200), Veterinäroffiziere und Unterveterinäre (158), etc.

Neue Zusammenkunft Rathenaus mit Loucheur.

Paris, 17. Sept. Der 'Intelligence' meldet, daß die neue Zusammenkunft zwischen Loucheur und Rathenau bereits im Laufe nächster Woche in Wiesbaden stattfinden werde. Es sei jedoch ermuntert, wenn die beiden Regierungen sich vorher im Prinzip über die Frage der Ratifikation der Abmachungen einig wären. Was den Vertrag weiter betrifft, habe Loucheur einen ausgezeichneten Bericht über die Regierungen der Ausführenden in der Tat, über den er mit Rathenau zu sprechen beabsichtigt.

England gegen Frankreichs Rechtsbruch.

London, 16. Sept. Die Mitteilung der deutschen Regierung, worin die allertesten Regierungen für die ersten wirtschaftlichen Folgen der Beibehaltung der Sanktionen nach dem 15. Dezember verantwortlich gemacht werden, findet in der Abendpresse die größte Beachtung. 'Westminster Gazette' schreibt, Deutschland habe die Reparationsbedingungen angenommen und führe sie durch. Die Allierten würden Deutschland niemals die Sanktionen für einen so geringfügigen Zweck auferlegt haben, wie es in der Mitteilung des französischen Außenministeriums einandergezeigt werde. Es sei notwendig, daß man in England erfahre, bis zu welchem Maße die britische Regierung auf den Beschluß der französischen Regierung, die Sanktionen beizubehalten, eingeht und wie die Verweigerung einer solchen Maßnahme des gerechtfertigten Deutschland gegenüber verteidigt werden kann. Die Aufrechterhaltung der Sanktionen, nachdem Deutschland die Reparationsbedingungen angenommen hätte, hätte der deutschen Regierung einen Schaden zugefügt. Dabei hängt von der

Vertical text on the left margin containing numbers and small text fragments.

angestrichenen Deutschen Regierung die Tätigkeit Europas ab. Es sei von äußerster Wichtigkeit, daß die Sanktionen zähf besichtigt werden.

### Wah für die Entente.

Berlin, 16. September. Die Wirtschaftskommission Berlin veröffentlicht in Nr. 217 des Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers die Ausfertigung der Erklärung von Fribourg an Frankreich und Belgien in Erfüllung des Fribourger Vertrages. Diese Erklärung hat vom 31. Oktober bis zum 20. Dezember 1921 zu erfolgen. Die Bedingungen sind bei den in der Aufzählung aufgeführten Stellen einzusehen und zu beziehen. In der Hauptsache sind dies die Abwehr mit der Aufzählung der Fribourg betraut gewesen Stellen. Die Besprechungslauf läuft ab am 7. Oktober.

### Belgien für Aufhebung der Sanktionen.

Brüssel, 16. September. Minister des Auswärtigen Jaspar, der von einer Besichtigungserreise in das besetzte deutsche Gebiet zurückgekehrt ist, empfangt den Mitarbeiter des Soir. Bezüglich der wirtschaftlichen Sanktionen erklärt der Minister daran, daß die Antwort der Deutschen Regierung noch unbestimmt gehalten sei; es bestehe indes kein Zweifel daran, daß eine Regelung nahe bevorstehe. Jedermann müsse verstehen, daß Maßnahmen die Ende gefügt werde, die das ganze Wirtschaftslieben, nicht nur des Rheinlandes in seinen Beziehungen mit Deutschland, sondern auch des linken Rheinufers im Verkehr mit Belgien empfindlich seien.

### Hardings Wünsche für die Washingtoner Konferenz.

London, 16. September. „Times“ melden aus New York, daß die vier Hauptmächte und China unterbreiteten Vorschläge der amerikanischen Regierung bezüglich der Washingtoner Konferenz. Die amerikanische Regierung hat sich nicht offiziellen Gedankenansatz angedeutet, den in Betracht kommenden Regierungen erfolgt sind. Vorher die Antwort dieser Regierungen eingetroffen sein wird, so daß das geplante Programm der Washingtoner Konferenz offiziell nicht veröffentlicht werden. Inzwischen legt die amerikanische Präsidentschaft folgende in merkwürdiger Weise einmündig ihre Erwartungen aus einander bezüglich der Fragen, die die amerikanische Regierung auf der Washingtoner Konferenz erörtert zu haben wünscht: nämlich die territoriale Integrität Russlands und die offene Tür sowie gleiche Möglichkeiten für die Wirtschaftstätigkeit in Asien. Die Mächte sollen in Russland als Kuratoren handeln, bis sich Russland wieder erholt, und eine zentrale Verwaltungsregierung errichtet hat, ferner formale Übergang der offenen Tür und gleiche Möglichkeiten in China, die territoriale Integrität und internationale Zusammenhänge anstelle der bisherigen Vorherrschaft eigenmächtiger Monopolprivilegien. Die amerikanische Regierung tritt für eine Reihe von Reformen auf dem Gebiet der Verwaltung, der Finanzen und des Rechts in China ein, bei denen die Mächte China mit Rat, wo möglich sogar mit tätiger Unterstützung zur Seite stehen würden. Mit Bezug auf die Inseln im Stillen Ozean werden, wie verstanden, folgende Fragen erörtert werden: Befestigung oder Nichtbefestigung, gleiche Handelsmöglichkeiten für die Angehörigen aller Nationen ohne nationale Bevorzugung, aber eine Vorliebe des Ausschusses, wie sie von Neuseeland und Australien in den normalen deutschen Inseln im Stillen Ozean verlangt wird, Einwanderung auf den Inseln und möglicherweise die Neutralisierung gewisser Inselgebiete einschließlich Yap, was für die Handelsverbindungen im Stillen Ozean wesentlich wäre. Schließlich betonen die Washingtoner Vertreter der amerikanischen Mächte, die Sachverhalte seien der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten auf der Washingtoner Konferenz mit einem Programm einbringen würden, als Bestände das angestrebte Ziel zu erreichen, wenn die Einigung dieser Frage würde die Wirkung haben, daß innerhalb der Konferenz ein englisch-japanischer Block geschaffen würde.

### Brand geht nach Washington.

Paris, 17. Sept. Nach Havas' Bericht befindet es sich, daß Brand, wenn nicht ein absoluter Hindernisgrund eintritt, sich persönlich nach Washington begibt, um dort Frankreich auf der Abrüstungskonferenz zu vertreten. Kolonialminister Albert Sarraut wird ihn begleiten. Da jede Nation durch ihre Bevollmächtigte vertreten sein muß, werden die beiden anderen französischen Delegierten beim nächsten Ministerrat ernannt werden.

### De Valera bleibt fest.

London, 16. Sept. In seiner Antwort auf das Schreiben Lloyd Georges erklärt de Valera wiederum, es sei unbedingt erforderlich, daß die Unterhändler beider Parteien zusammentreten, ohne durch irgendwelche Bedingungen behindert zu sein.

### Die Sowjets treiben Massenmord.

Kopenhagen, 16. Sept. Politiken wird aus Kiga telegraphiert. In Kiga wurden auf Befehl der außerordentlichen Kommission 89 Gefangene erschossen. Die Schuldigen waren eine Verurteilung zum Tode der Sowjet-Regierung geschuldet zu haben. Die nationale Bewegung in der Ukraine nimmt vollständig zu. Auch die Sowjetpresse berichtet von einer starken Gärung und schreibt, daß das Ziel der Bewegung sei, die einseitige Handarbeitregierung zu kürzen.

### Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags.

Wien, 16. September. Die Hauptversammlung des Österr. Arbeiterverbandes hat bezüglich der Zentral-Tarifverträge mit den Hauptverbänden der Krankenkassen einen Beschluß gefaßt, wonach die Fortsetzung des Tarifabkommens mit den Krankenkassenverbänden abgelehnt, aber, namentlich mit Rücksicht auf die sich nähernde Herbst-Verkehrsgeschäfte allgemeine Forderung, eine entsprechende Erhöhung des laufenden Tarifes mit Wirkung ab 1. Juli 1921 verlangt. Mit dem Antrag und Berufungssachen, mit denen bisher eine allgemeine Gewerkschaftsvereinbarung überhaupt noch nicht vorhanden ist, stehen zur Zeit etwa 100 Tarifverhandlungen. Mit den privaten Unfallversicherungsvereinigungen sind solche Verhandlungen ebenfalls im Gange; die von den Gesellschaften angebotenen Versicherungsgeldern werden als zu niedrig einmündig abgelehnt.

### Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei.

Der diesjährige dritte (arbeitslose) Parteitag der D. D. P. findet nunmehr einmündig vom 12.-14. Nov. 1921 in den Gemächern des Parkhauses in Bremen statt. Am 11. November tritt der Parteiausschuß derselben zusammen.

Zweite Tagung des Reichsarbeitsnennungsamtes der Deutschen Demokratischen Partei. Die Anmeldebüro der heute und morgen stattfindenden Tagung des Reichsarbeitsnennungsamtes der D. D. P. in Berlin sind zahlreich eingelaufen, und das Saargebiet hat Vertreter entsandt. Im Hinblick auf den immer stärker hervortretenden Willen der Arbeitnehmerschaft, auf nebelhafte Gebilde zu verzichten und die Vertretung in einer politischen Arbeiterbewegung zu suchen, die, seit auf dem Boden der Republik stehend, erreichbaren Zielen zutrifft, wird die diesjährige Tagung von besonderer Bedeutung sein. Die inneren und wirtschaftspolitischen Fragen werden von dem Führer der demokratischen Arbeitsträger, Erkelens, und von dem Parteivorstand, die Fragen der Gewerkschaften und der Stellung der Arbeiter von Herrn Dr. Silberstein behandelt werden. Die zu lösenden Schwierigkeiten dürften sowohl auf die Entwicklung der demokratischen Arbeiterbewegung, als auch auf die der Partei nicht ohne Einfluß sein. Der Parteivorstand, die demokratischen Fraktionen des Reichstages, des bayerischen und preussischen Landtages, sowie sämtliche Hauptstellen der Partei werden vertreten sein.

Die „mächtigen Freunde“ der Deutschen Volkspartei. Daß auf der Beamtentagung der Deutschen Volkspartei, die als die allein für Beamten festmachende angesehen wurde, ist selbstverständlich, obwohl der Kenner der Verhältnisse wissen muß, daß nicht eine Fraktion allein, sondern sämtliche sachverständigen Abgeordneten des Reichstages dabei mitwirken müssen, um die Forderung der Beamten zur Erfüllung zu bringen. Ist beabsichtigt, als diese etwas vorübergehende Voraussetzung ist und eher, wenn der volksparteiliche Abgeordnete Morath kürzlich in Berlin zu seinen „mächtigen Freunden“ im Ministerium gesprochen und die Beamten ersucht hat, sich dieserhalb mit Wünschen getraut an ihn zu wenden. Wie sich der Meinung, daß die unter dem alten Regiment so oft besagte Arbeitsnennungsamt, die das Reichs- und Beamtentum in der Beamtentagsfrage gescheitert hat, nach Eintritt der neuen Verhältnisse heftig sein sollte. Herr Morath, der auch eine solche Minderheitsfraktion betreffen sollte, scheint sie nach seiner Meinung erst recht zu unterlassen.

### Die Geldanlage der Invalidenversicherung.

Die Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung haben einen großen Teil ihres Vermögens zu Darlehen für gemeinnützige Zwecke und für eigene Anstalten zugunsten der Arbeiter angelegt. Der Gesamtwert dieser ist von 149 287 233 Mark im Jahre 1919 auf 1 522 594 073 Mark Ende 1920, mithin um 4 296 804 Mark gestiegen. Die Darlehen wurden für folgende Zwecke gezeichnet: Arbeiterwohnungsfrage 590 471 788 Mark (1919: 575 599 877 Mark), davon zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen 563 733 951 Mark (548 972 040 Mark), zum Bau von Wohnheimen (Hospizen, Serbergen, Gefallenhäuser u. a.) 26 737 837 Mark (26 727 857); Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedarfes (für Bodenverbesserung, Ent- und Bewässerung, Moorkultur, Aufzucht, Züchtung, Kleintierhaltung, Haltung der Viehzucht, Einbringung der Futtermittel u. a.) 134 544 911 Mark (134 534 791); Wohlfahrtsvereinigungen 686 449 792 Mark (682 933 201 Mark), dafür für den Bau von Kranen- und Genußhäusern, Volkshäusern, Invaliden- und Erholungsheimen, Eichenhäusern und für Kranen- und Invalidenpflege überaus 148 108 701 Mark (146 961 278); für Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere für den Bau von Volkshäusern, Gesundheitsheimen, Arbeiterkolonien, Anstalten, Gefallenhäusern 129 708 029 Mark (129 327 039 Mark), Erziehung und Unterricht, Befriedigung der Volkshilfe 99 277 325 Mark (99 217 325 Mark) für sonstige Wohlfahrtszwecke 239 557 763 Mark (238 387 595 Mark). Die Aufwendungen für eigene Anstalten (Krankenhäuser, Gefallenhäuser, Pensionen, Erholungs- und Genußheime, Invalidenheime u. a.) betragen 121 427 702 Mark (96 899 364 Mark).

### Deutsches Reich.

Gefangenenselbstmord. Der „Katalan“, meldet aus Garmisch: Vier Arbeiter waren wegen Landfriedensbruchs verhaftet worden, weil sie am 31. August anlässlich des Demonstrationszuges die Schwarzmarktsstraße nahe vor einem Lokal heruntergestoßen hatten. Die Arbeiter der größeren Fabriken betreiben die Verhafteten gewaltsam aus dem Gefängnis.

Mäuserbande. Nach dem B. L. sind in Ziegenhals alle Angehörigen einer aus früheren Selbstschützen bestehende Bande verhaftet worden, die sich schwere Verbrechen aufzählen lassen. Bei der Verhaftung der Bande gelang die Beschlagnahme von 84 Pferden, zahlreichen Kassetten und Verurteilungen.

Der Dresdener Streik. Wie die Dresdener Morgenblätter melden, hat der Metallarbeiterverband getrieben ein Schreiben an die Arbeitgeber gerichtet, in dem es heißt, die Arbeiter seien nicht in der Lage, den Streikbestand aufzuheben, sofern nicht wesentliche Forderungen erfüllt werden. Anschließend tritt ein anschließendes Streikverbot in der Dresdener Metallindustrie heute mittag in Kraft.

Amerika in Danzig. Zu der kommenden Woche werden laut B. L. zwei amerikanische Kreuzfahrtschiffe, die „Fischer“ und ein Leibesbrüder „Hilf“, die sich gegenwärtig in Kopenhagen befinden, mit einer Besatzung von insgesamt 1 250 Mann nach Danzig kommen.

### Auslands-Rundschau.

#### Adoption französischer Decker.

Paris, 16. Sept. Wie die Blätter melden, sind 49 englische Bürgermeister nach Frankreich gekommen. Sie werden die verstorbenen Gebiete besuchen und im Namen der Stadt, die sie vertreten, Dächer adoptieren.

#### Eine Wulle über Eupen-Walvedu.

Ablu, 16. Sept. Die königliche Polizeidirektion erlaubt von waldiger Stelle, daß in diesen Tagen eine Wulle über die Frage von Eupen und Walvedu abgegangen ist.

Wladwa gegen Ungarn? Einer Erdränge-Meldung zufolge haben die Wlader beschlossen, Ungarn zu blockieren, wenn es das Burgenland nicht sofort räumt. Wenn

die Wladwa ertruglos bleiben sollte, werden energisch militärische Maßnahmen ergriffen werden.

Frankreichs Niederlage. Nach einer Journal-Meldung aus San Sebastian wurde eine französische Kolonne in der Nähe von Melines durch eine sehr große Truppe Mexikaner angegriffen. Sie hätte am ersten Tage vierhundert tote und Verwundete und am zweiten weitere dreihundert verloren. Am dritten Tage wurde sie von den Mexikanern umzingelt und mußte sich ergeben. Die Gefangenen seien ins Innere geführt worden.

### Provinzial-Nachrichten.

Göhring, 15. Sept. (Ein Versehen und seine Folgen.) Am Sonnabend sollte hier eine Trauung stattfinden, aus der aber durch ein Versehen des Standesbeamten nichts wurde. Der Brautigam mußte kurz vor der Trauung nochmals auf dem Amtsgelände nachschauen, da seine Krawatte nicht stimmen sollte. Alles war soweit in bester Ordnung, auch in Chemnitz war das Aufgebot aufgebracht, doch der hiesige Standesbeamte hatte vergessen, das Aufgebot in Göhring auszugeben. Statt nun das Paar zu trauen und auf die kleine Formschneide zu verzichten, an deren Fehlen der Standesbeamte die Schuld trug, mußte die ganze Hochzeitsgesellschaft unverrichteter Sache nach Hause ziehen, das Aufgebot wurde einen Tag ausgehängt und am Montag fand dann die Trauung statt.

Erfurt, 15. Sept. (Aufgeklärte Einbrüche.) In den vergangenen Tagen konnten, wie die Thüringer Allg. Zeitung berichtet, durch die Erfurter Kriminalpolizei eine ganze Anzahl größerer Einbrüche aufgeklärt werden. Einnahme Täter befinden sich bereits in Haft. Es sind dies der Handelsmann Alfred Freyboth, der Schlosser Friedrich Schmidt, der Schmied Edwin Schmidt, der Schlosser Rich. Schmidt (drei Brüder), der Kesselflicker Ferdinand Schmidt und der Arbeiter Willi Granel, sämtlich aus Erfurt. Die Einbrüche wurden teils von einzelnen, teils von mehreren der Genannten ausgeführt. Freyboth, Schmidt und Edwin Schmidt sind bereits 18 anderer Einbrüche überführt worden. Weitere Ermittlungen sind im Gange und werden voraussichtlich zur Auffklärung noch anderer schwerer Diebstähle führen. Bis jetzt konnten 13 Einbrüche aufgeklärt werden. Die Gesamtsumme des Diebstahls beträgt mehr als 115 000 Mark. Ein Teil konnte wieder herbeigeführt werden.

Kranenhausen a. A., 15. Sept. (Darlehen von 1 300 000 Mark.) Der Kreisrat hat der Stadt Kranenhausen die Genehmigung zur Aufnahme eines Darlehens von 1 300 000 Mark. Der Betrag soll zur Gewährung von Bauzulagen (250 000 Mark), zur Deckung der laufenden Ausgaben bis zum Schluß des Rechnungsjahres (500 000 Mark), zur Gewährung zweier Hypotheken (200 000 Mark) und zur Ausfüllung der notwendigen Straßenebenen (350 000 Mark) Verwendung finden.

Zugung bei Zeis, 15. Sept. (Erdbeben.) Als der Postenführer Hermann Kohn einem Güterzuge ausweichen wollte, wurde er von einer auf dem Gleis liegenden Solomolke dermaßen verunglückt, daß ihm deren Wädel beide Beine an den Unterschenkeln abfuhren. Der Verunglückte wurde sofort nach dem Zeiser Krankenhaus gebracht, wo sich er aber leichten fürchtbaren Verletzungen erlag.

Muna, 16. Sept. (Zwei ergriffene Schwindler) erkrankten in Burkersdorf beim Gutsbesitzer Küpfer und stellten sich als Kommissar vom Finanzamt und Beamter der Staatsanwaltschaft vor mit dem Auftrag, nach Gold und Silber sehen zu müssen. Nachdem die angehenden Beamten 200 Mark in Silber beschlagnahmt hatten, ließen sie in einem unbetretenen Angewandte etwa 4 000 Mark in Bar auf dem Tisch zu verschwinden. Alle Nachforschungen der Polizei nach den Männern waren bisher ergebnislos.

Wandeburg, 16. Sept. (Truppenübungen.) Im Anblich an die Übungen der 4. Division, die zurzeit auf dem Truppenübungsplatz Königsbrunn stattfinden, werden die Truppen mit Fußmarsch vom 21. September ab in ihre Standorte zurückgeführt. Die Marschbewegungen sind notwendig, weil die Finanzlage des Reiches eine Wohnbewegung nicht gestattet. Im Gegensatz zu früher wird sich die Truppe selbst verpflegen und nur sogenannte enges Quartier beziehen oder bivouakieren. In der Hauptsache werden die Märsche auf den von Königsbrunn nach Bausen, Dresden, Weihen- und Freiberg führenden Straßen und über Großschönau nach Pölla erfolgen. Teile werden von Pölla über Burg und Leipzig und über Döbeln nach Brandenburg weitermarschieren, während die in der Krönung Sachsen liegenden Truppen von Burg über Bitterfeld ihre Standorte Orlau, Zeitz und Wandeburg bzw. über Waltersleben die Orte Halberstadt und Quedlinburg erreichen.

Silberhausen, 14. Sept. (Großfeuer.) Gestern morgen fanden die Scheunen des Holzhandlers Josef Stephan und des Landwirts Willi Siegel gleichzeitig in hellen Flammen. Das Feuer sprang rasch auf die benachbarten Grundstücke über, und in kurzer Zeit brannten auch die Scheunen und Hintergebäude der Anwohner der Landwirte Johannes Montag, Karl May und der sogenannten alten Schule. Die Vorkämpfer wurden durch Wassermangel sehr erschwert. Die Herbeiführung von Hilfe wurde ebenfalls verzögert, weil die Fernspreidleitung nach den umliegenden Dörfern nur 7 Uhr morgens unternommen war. So griff das Feuer, ohne eine ausreichende Bekämpfung zu finden, rasch um sich und schickte fünf Scheunen, die mit Erntegeräten vollgeladet waren, nebst Hintergebäuden und Stallungen, ein Verlust an Menschenleben und Vieh sind glücklicherweise nicht zu beklagen, dagegen ist der Schaden an Gebäuden und Erntegeräten außerordentlich groß, zumal die Angehörigen nur zur Hälfte versichert sind. Auch die Wohnhäuser sind stark beschädigt. Ueber die Entschädigungslage des Bauers ist bis jetzt nichts bekannt, doch scheint laut Wählprüfer Angehöriger Brandstiftung vorzuliegen.

Die bekannte Berliner Ueberrage-Speditions-Firma  
**Robert Habering**  
übernimmt Gütertransporte jeder Art und Größe  
von allen deutschen Stationen nach  
**Holland, England, Spanien**  
zu günstigen Durchfrachten und erledigt alle damit verbundenen Formalitäten, auch Versicherung, Inkasso usw.